

Serben hoffen auf barrierefreie EU-Einreise noch in diesem Jahr

Die Visa-Mauer fällt

Von Breda Ozim

■ An EU-Grenzen ist kein großer Andrang zu erwarten.

■ Skepsis bei Ultranationalisten.

Belgrad. (apa) Die EU-Außenminister haben Grünes Licht für die Abschaffung der Visa-Pflicht für die Staaten gegeben, die die Bedingungen dafür erfüllt haben. Mazedonien, Serbien und Montenegro hoffen, zu der Ländergruppe zu gehören, deren Bürger dann visafrei in die EU-Staaten reisen werden. Im Idealfall wird es Ende des Jahres so weit sein. Jene Generation, die zu dem Zeitpunkt geboren wurde, als die ehemalige jugoslawische Teilrepublik Anfang der 1990er Jahre mit dem Visumzwang belegt wurde, wird dann ihre Volljährigkeit feiern.

Musterschüler Skopje hat Vorgaben erfüllt

Für die Belgrader Behörden ist die Aussicht auf die Visa-Liberalisierung zweifelsohne eine seit langem erwartete gute Nachricht, auch wenn auf dem Weg dorthin noch viel zu erledigen bleibt. Die EU-Kommission wird den Behörden in Belgrad, Podgorica, womöglich auch in Skopje, das den größten Fortschritt bei der Umsetzung der sogenannten Road Map zur Visa-Liberalisierung erzielt hat, im



Die Grenze zu Ungarn soll für Serben leichter zu passieren sein. So will es die Europäische Union. Foto: epa

Juli die Listen der Aufgaben zustellen, die in den Monaten bis zur endgültigen Entscheidung über die Aufhebung der Visa-Pflicht zu erfüllen sind. Laut Belgrader Medienberichten geht es im Falle Serbiens dabei um ganz konkrete Fragen, unter anderem um die umstrittene Ausstellung serbischer Pässe an Kosovo-Albaner, die von Belgrad weiterhin als seine Bürger behandelt werden. Auf ein Mindestmaß soll auch die doppelte Staatsbürgerschaft für bosnische Bürger abge-

baut werden, solange das Nachbarland nicht die Voraussetzungen für die Aufhebung der Visa-Pflicht erfüllt hat. Zudem soll die Zahl der Grenzpolizisten erhöht werden und die Zusammenarbeit mit der EU-Rechtsstaatsmission im Kosovo, bzw. der Eulex-Polizei und dem Eulex-Zolldienst verbessert werden.

Gerade Letzteres sorgt für Misstrauen bei der Opposition, vor allem bei den Ultranationalisten. Der amtierende Chef der Serbischen Radikalen Partei

(SRS), Dragan Todorovic, hat die erwartete Aufhebung des Visumzwangs für die Bürger Serbiens bereits als ein „teures Geschenk“ der Europäischen Union bezeichnet. Die Ultranationalisten sind nämlich tief davon überzeugt, dass die Visa-Liberalisierung an für sie unannehmbar Forderungen gekoppelt werden – im Hinblick auf den Kosovo, dessen Unabhängigkeit Belgrad nicht anerkannt hat, und im Hinblick auf die nordserbische Provinz Vojvodina, die um eine Wiedererlangung der einstigen weitgehenden Autonomie bemüht ist. Diese wurde 1990 vom Regime des damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic aufgehoben. Die SRS, aber auch die Demokratische Partei Serbiens (DSS) des ehemaligen nationalkonservativen Premiers Vojislav Kostunica sehen in der seit langem erwarteten erneuten Erweiterung der Vojvodina-Autonomie einen sicheren Weg zur „weiteren Zerstückelung Serbiens“.

Einen Andrang auf ihre Grenzen müssen die EU-Staaten im kommenden Jahr aber wohl kaum befürchten. Für den Durchschnittsbürger der Westbalkanstaaten, die in den Genuss der Visa-Liberalisierung kommen werden, wird das teure Europa wegen des relativ niedrigen Lebensstandards im Balkan weiterhin wohl nur ein ferner Traum bleiben. ■

Lohnforderungen „völlig überzogen“

■ Streiks in deutschen Kindergärten.

Berlin. Viele berufstätige Eltern in Deutschland wissen derzeit nicht, wohin mit ihren Sprösslingen: In den kommunalen Kindergärten (Kita) in zahlreichen Bundesländern wird gestreikt, und ein Ende der Kampfmaßnahmen ist derzeit nicht absehbar.

Nach Angaben von Gewerkschaftsvertretern sind die Arbeitgeber der Arbeitnehmerseite beim Gesundheitsschutz zwar entgegen gekommen, beim Tarifvertrag habe man sich aber nicht einigen können. Das Arbeitgeberangebot, neu eingestellten Erziehern 220

Euro mehr zu zahlen, lehnte die Gewerkschaft als zu gering ab. Die Lohnverhandlungen wurden nicht abgebrochen. Der seit Wochen anhaltende Tarifstreik betrifft die rund 220.000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen, darunter rund 137.000 in Kita.

Für den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, sind die Lohnforderungen völlig überzogen. Eine Lösung sei „sehr schwer, weil die Gewerkschaften Forderungen stellen, die summa summaum über eine Milliarde kosten würden“, so Landsberg. Die Kommunen könnten sich das nicht leisten. ■

■ Kurz notiert

Moskauer „Njet“: Russland hat im Weltsicherheitsrat gegen eine Verlängerung der UNO-Mission in Georgien gestimmt. Das Mandat der Beobachtermission läuft jetzt aus. Damit hat Moskau die Unabhängigkeit Abchasiens von Georgien vorangetrieben.

Faschistische Abzeichen: Die italienische Regierung will strenge Regeln für die Bürgerwehren erlassen, die von jetzt an in den italienischen Gemeinden zur Sicherheit der Bewohner agieren dürfen. Verboten wird unter anderem das Tragen faschistischer Abzeichen.

Pauli ausgeschlossen: Die Freien Wähler in Bayern haben Gabriele Pauli wegen Unstimmigkeiten ausgeschlossen. Pauli war vorher bei der CSU und machte sich einen Namen als Gegnerin von Ex-Ministerpräsidenten Edmund Stoiber.

Familie und Job: Zu zentralen Themen einer derzeit in Wien stattfindenden Konferenz des Europarates gehören Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Herausforderungen angesichts der demografischen Entwicklungen in Europa und die Ächtung körperlicher Züchtigung. ■

Imre Nagy: Das unsterbliche Erbe eines Aufständischen

Von WZ-Korrespondentin Karin Bachmann

■ Gedenken an die „Umbettung“ und Rehabilitierung des ungarischen Nationalhelden 1989.

Budapest. Zwei Tage lang hat Ungarn des 20. Jahrestags der „Umbettung“ von Imre Nagy gedacht. Am 16. Juni 1989 wurde dem früheren Ministerpräsidenten zusammen mit vier weiteren führenden Mitstreitern des Volksaufstands von 1956 auf dem Heldenplatz in Budapest endlich die letzte Ehre erwiesen, nachdem er am 16. Juni 1958 gehängt und danach in einem Massengrab verscharrt worden war, „mit dem Gesicht nach unten und damit noch im Tode geschändet“, wie viele Ungarn bis heute betonen. Am Montag erinnerten die ungarischen Abgeordneten an das Ereignis, gestern fanden mehrere Kranzniederlegungen statt, mehr als ein halbes Dutzend Gedenk-

stätten standen für Ehrbezeugungen von Bürgern zur Verfügung.

Die „Umbettung“ 1989 gilt als Initialzündung für das Ende der kommunistischen Diktatur im Nachbarland. „Es konnte endlich benannt werden, wie die Diktatur zur Diktatur wurde“, sagte Parlamentspräsidentin Katalin Szili.

Menschenmenge im Budapester Zentrum

Hunderttausende erschienen damals auf dem Heldenplatz. Für viele war das Ereignis mit einer tiefen seelischen Erschütterung verbunden. „Es war unfassbar, im Rundfunk wurden auch die Namen aller Opfer des Volksaufstands verlesen, und die Liste nahm und nahm kein Ende“, erinnert sich der heutige Abgeordnete Zoltán Balog. Während des Aufstands zwischen dem 23. Oktober und 15. November 1956 starben rd. 20.000 Menschen.

Anders als etwa in der Slowakei und Tschechien gibt es in Ungarn keinen Feiertag, an dem ausdrück-

lich an den Fall des kommunistischen Regimes erinnert wird. Der 16. Juni gilt aber als „heimlicher Feiertag“, was gewissermaßen durch die Ironie der Geschichte bestätigt wird. Imre Nagy wurde am 6. Juni 1989 offiziell rehabilitiert. Am selben Tag starb sein Gegenspieler János Kádár, der maßgeblich an der Niederschlagung des Ungarnaufstands beteiligt war.

Auch ausländische Institutionen nehmen sich in diesem Jahr der „Umbettung“ des berühmten Ungarn an. „Es war die Suche nach Wahrheit, die sich da manifestiert hat und letztlich zu den Umbrüchen und zum Gewinn der Freiheit führte, also auch mit gewaltigen Folgen für das Ende der deutschen ‚Zweistaatlichkeit‘“, beschreibt etwa Hans Kaiser, Leiter des Auslandsbüros Budapest der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung, seine Motivation, eine Gedenkveranstaltung in Kooperation mit der ungarischen „Stiftung für ein bürgerliches Ungarn“ zu veranstalten. ■

Polnischer Historiker sieht „große Ignoranz im Westen“

Von Gerhard Lechner

■ „Haben in Österreich keine Partner.“

■ Umgang mit Dissidenten eine „totale Sauerei“.

Wien. Salbungsvolle Worte sind nicht die Sache des Kazimierz Wojcicki. Der Historiker und Ex-Dissident, der im kommunistischen Polen interniert war, geißelte bei einer Veranstaltung in Wien zum 20. Jahrestag der Verhandlungen am „Runden Tisch“ zwischen Vertretern des KP-Regimes und der oppositionellen Gewerkschaft „Solidarnosc“ scharf die „ungeheure Arroganz und Ignoranz“, die der Westen gegenüber den historischen Erfahrungen der Länder Ostmitteleuropas an den Tag lege. Viele Bürger dieser Länder hätten 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges immer noch das Gefühl, im Westen als „Exoten“ angesehen zu werden. Auch Österreich habe sich „provinziell ein-

geschlossen“, die Mitteleuropa-Initiativen, die etwa Ex-Vizekanzler Erhard Busek und der Diplomat Emil Brix angestoßen hätten, seien zu wenig: „Intellektuell haben wir derzeit in Österreich keine Partner“, so Wojcicki, der 1989 selbst mit am „Runden Tisch“ gesessen ist.

Als „totale Sauerei“ empfand der stark in der deutsch-polnischen Aussöhnung engagierte Wojcicki insbesondere die Art, wie Intellektuelle im Westen jahrelang die kommunistischen Regime entschuldigten, etwa gegenüber den mutigen russischen Dissidenten Alexander Solschenizyn, Andrej Sacharow oder Wladimir Bukowski. Deren Verdienste um die Wiedererlangung der Freiheit schätzte Wojcicki auch bedeutend höher ein als etwa die von Michail Gorbatschow, des „Helden des Rückzugs“, der, als Politiker naiv, doch auch „eine KGB-Schöpfung“ gewesen sei.

Die weit verbreitete Ignoranz des offiziellen Öster-

reichs gegenüber den Vorgängen im Polen der 80er Jahre kritisierte auch der österreichische Autor und Journalist Martin Pollack. Pollack, in Polen damals „Persona non grata“, betonte, er habe vom offiziellen Österreich „nicht eine Sekunde Unterstützung“ erhalten. Insbesondere die Gewerkschaften hätten lieber mit den KP-Machthabern zusammengearbeitet, statt Kontakt zur Opposition zu suchen.

Nachkriegsordnung schien ewig zu halten

Die Ost-West-Nachkriegsordnung schien für die Ewigkeit gebaut: „Wer daran rüttelt, gefährdet die Stabilität und den Weltfrieden“, dies sei die Ansicht vieler gewesen, sagte der Journalist Erhard Stackl, der damals vor Ort recherchiert hatte. Dass diese Ordnung einstürzen könnte, dämmerte Martin Pollack erstmals bei der Reise des Papstes 1979: „Die Leute haben gespürt: Die Machthaber haben uns nichts entgegenzusetzen.“ ■